

gerlichen Parteien nur das Wohlleben an das notleidende Volk einträgt!

Die Schwierigkeiten für die Sozialdemokratie liegen noch in wüsten! Und zwar in dem Maße, wie bei heigenden Klassengegnägen, bei wachsenden imperialistischen Gegnägen, bei verschärften Kriegsrüstungen und offenen Kriegshandlungen, die sozialdemokratischen Führer immer offener als Verbündete der Feindlichen Klasse austreten! Gewiss werden sie ihre Handverbindung noch schlimmerer Dinge firmieren. Aber auch gerade darin liegt ja das verschleierte Zugeständnis, daß die Politik der Führer der 2. Internationale nicht den Weg zum Aufstieg der arbeitenden Klasse führt, sondern an den Verfall der kapitalistischen Gesellschaft gebunden ist, an eine Gesellschaft, die die Sozialdemokratie hält, weil sie die Revolution, die Verstrümung des kapitalistischen Systems mit allen seinen Vorfunden, seinen Ministerposten und Staatsbediengungen, als fürchtet!

Unser Kampf als Kommunisten kann sich nicht auf ein enges Wahlziel beschränken und hat sich nicht auf Aktionen dafür bekräftigt — gerade daraus wurde uns von der SPD der heftigste Vorwurf gemacht, daß wir die Wirtschaftskämpfe für den Wahlkampf ausruhen und den Wahlkampf zur Steigerung der Wirtschaftskämpfe führen! Nun: die Tatsachen haben uns recht gegeben. Gerade diese Offensive hat die SPD-Führer in die Defensive gedrängt. Denn nicht durch Agitation allein, sondern nur durch ihre Verbindung mit der täglichen Erfahrung der Massen wird die Revolutionierung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktagen gefördert.

Der letzte Kampf der Metallarbeiter in Sachsen bedeutet eine ungeheure Quelle der Erfahrung; in Verbindung mit der Gewerkschaftsleitung der reformistischen Führer im Ruhrgebiet, bei den Eisenbahnen, bei den Metallarbeitern in Berlin usw. — die überall den Kampf abwürgen und dafür um so energischer Kommunistenhege betreiben. Jetzt, wo die reformistischen Führer, insbesondere die „Linke“ in Sachsen, den Metallarbeiterkampf abmürben, wo sie die Verbindlichkeitserklärung zum Anlaß nehmen, um die Arbeiterforderungen preiszugeben — und die Kampfausichten, das bewies ihnen der bisherige Kampf, waren trotz der schändlichen Kampftaktik der Reformisten gut! — zeigt sich klarer als bei früheren Kämpfen durch die Tat, welchen Kampf die Reformisten führen. Jetzt zeigt sich, welche Preise sie zahlen, um die Koalition mit den bürgerlichen Parteien zu lösen; um der bürgerlichen Parteien zu folgen. Jetzt zeigt sich unmittelbar für alle Arbeiter, warum sie im Wahlkampf die Scharfmacherparteien des Bürgerblocks: Deutsche Volkspartei und Zentrum, schonen und sich auf die Konkurrenten im Wahlkampf um Ministerposten, auf die Deutschnationalen werfen, die es aus der Regierung hinauszuwerfen galt! — Mehr Macht für die Sozialdemokratie — das heißt in Wirklichkeit: mehr Macht für die Bourgeoisie, denn um der Ministerposten und Staatsbediengungen willen, um der Erhaltung der Preußenkoalition und der Herstellung der Reichskoalition willen werden die Kämpfe der Arbeiter abgewürgt, werden die Kommunisten aus den Verbänden herausgeworfen.

Die Koalition ist auf dem Marsch — und mit ihr die verschärfte Ausplunderung der Unterdrückung der arbeitenden Massen! Dagegen gilt es den geisteigerten Massenkampf! Der Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Offensive ist deshalb un trennbar mit dem Kampf gegen die Koalitions politik, gegen die Politik der sozialdemokratischen Führer verbunden. Der SPD-Mann Billig! verfündete in der Chemnitzer Volksstimme vom 10. April:

„Koalition wird nichts anderes bedeuten, als Bürgerblod unter anderer Firma!“

Dieses Eingeständnis sollten alle sozialdemokratischen Arbeiter an den Erfahrungen der Vergangenheit überprüfen — um zu der Erkenntnis zu gelangen: Nicht länger diesen Kurs, nicht länger diese Politik, nicht länger diese Partei — die Arbeiterklasse muß andere Wege gehen!

Die letzten Tage des Wahlkampfes müssen im Zeichen der Frage stehen:

Was wird nach den Wahlen?

Wollt ihr Arbeiter eure Stimme abgeben, damit die SPD-Führer Ministerposten erschließen und dann gemeinsam mit den übrigen bürgerlichen Parteien „Schlimmeres verhindern“? Wollt ihr der bestehenden Klasse und der SPD zustimmen, daß sie die Außenpolitik des Herrn Stresemann, die Verstärkung des Kurses gegen die Sowjetunion fortsetzen? Wollt ihr zutreffen der Weiterführung des Bürgerblockkurses mit ihr Schlichtungsschel, mit KVB-Verbot — oder wollt ihr Kampf schlagen? Wollt ihr nach den Wahlen, bei den Wirtschaftskämpfen auf Seiten der Staatschaltung, der Volksgemeinschaft (d. h. der Unterordnung unter die kapitalistische Diktatur!) oder auf Seiten der Roten revolutionären Klassenfront stehen?

Der Wahlkampf und die Wahlen am 20. Mai ist ein Gradmeister des Klassenbewußtheins. Helfen wir es steigern, klären, wecken und fördern wir die Kampfbereitschaft!

Der 20. Mai muß zu einer großen Kundgebung gegen Bürgerblod und Koalitions politik, für die Forderungen und Ziele der Kommunistischen Partei werden!

Und nach dem 20. Mai:

Das Reichstreffen des ADGB zu Pfingsten in Berlin muß zum Massenaufmarsch des Proletariats werden!

Nun erst reicht Kampf gegen Bürgerblod und Koalition!

Nun erst reicht Kampf gegen die Kriegspolitik der bestehenden Klasse!

Gegen die Kapitaloffensive, für die Tagesforderungen des marktäglichen Volkes, für den Kampf kampf der Werktagen in Stadt und Land, für die Befreiung der Sowjetunion, für den Sturz der Bourgeoisie, für die Errichtung der proletarischen Diktatur, für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Unser ist die Zukunft! Die Kommunisten sind die einzigen, die den Massen klar Ziel und Weg zeigen! In diesem Sinne steigern wir unseren Kampf

für die Revolution!  
für den Sozialismus!

### Streif in deutschnationalen Zeitungen

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung) In der Zentraldruckerei G. m. b. H. in der die „Deutsche Tagesszeitung“, die „Kreuzzeitung“ und der „Reichsbote“ gedruckt werden, hat gestern das gesamte Personal die Arbeit niedergelegt. Von der Belegschaft war ein Antrag auf Lohn erhöhung von 2 Mark über den Schiedsspruch hinaus gestellt worden. Dieser wurde von der Firma abgelehnt. Bereits die gestrige Abendausgabe konnte nicht erscheinen.

## ADGB-Geschäften und „Linke“ ADGB-Führer gegen oppositionelle Gewerkschafter

In Sachsen erleben wir jetzt das traurige Schauspiel, daß „Linke“ SPD-Lente die Sozialdämonen von der ADGB zu Hilfe rufen, um oppositionelle Gewerkschafter aus dem Verband zu werfen.

In Thalheim wurde der vom allseitigen Vertrauen der Mitgliedschaft des Textilarbeiterverbandes getragene Genosse Hanisch als Delegierter ins Gewerkschaftsrat gewählt. Nun suchen die „linken“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer schon längst den Genossen Hanisch wieder aus dem Gewerkschaftsrat hinauszudrängen. Jetzt verschwören sie sich mit dem ADGB-Faschisten Winkler vom Hauptvorstand und Heidel vom Gaupräsidenten um gemeinsam gegen Hanisch vorzugehen. Genosse Hanisch erhielt folgenden Brief:

Deutscher Textilarbeiterverband Thalheim, am 4. Mai 1928.

Herrn Eugen Hanisch, Strumpfwirker.

Wie Ihnen bekannt ist, haben Sie anlässlich der Außendeklarationsversammlung im Sportlehrheim in Thalheim u. d. dem Sinne nach die öffentliche Anerkennung erlangt ... daß sich alle deutschen Gewerkschaftsangestellten und Aktionäre der SPD bewußt zwischen das Kapital und die Arbeiterschaft stellen und damit die Arbeiterschaft vom Kampfe gegen das Kapital abhalten.“

Mit diesen Äußerungen hoffen Sie zweifellos alle Gewerkschaftsfunktionäre und Aktionäre der sozialdemokratischen Partei bewußt angegriffen und ihre Tätigkeit dermaßen herabgesetzt, daß jedes Vertrauen verlorengehen muß.

Ihre Äußerungen sind der Gauleitung in Dresden, dem Hauptvorstand in Berlin, dem ADGB in Sachsen und dem ADGB in Berlin zur Entscheidung mitgeteilt worden.

Der Ortsverwaltung der Gewerkschaftsseite Thalheim des Deutschen Textilarbeiterverbandes, der Sie als Mitglied angehören, ist die Entscheidung übertragen. Die franglische Ortsverwaltung nahm am 3. d. M. zu Ihren öffentlichen Äußerungen Stellung und beschloß gegen eine Stimme. Sie

### Angst vor Rauschörung

Schrecklich, wenn eine SPD-„Kanone“ an dem Tage nicht anwesend ist, wo ausgerechnet die Kommunisten eine Wahlversammlung abhalten. Da müssen die Arbeiter auf jeden Fall gewarnt werden. Darum setzte die Ortsleitung der SPD von Delitzsch bei Rabenau Hugs eine Aufforderung in die Freitaler Volkszeitung, die „sozialistischen“ Arbeiter sollen die Versammlung nicht besuchen.

An die ADGB-Ortsgruppe aber wurde in einem besonderten Schreiben betont, daß der Genosse Reinboth, seines Zeichens Schuhmeister und Reichsbannerführer, auswärts sei. Die Kommunisten sollten gefällig in die nächste SPD-Versammlung kommen, sie könnten dort „im Rahmen unserer Geschäftsausordnung sprechen“. Nun, jeder kennt die Geschäftsausordnung der SPD zur Gewerkschaft.

Die Einwohner von Delitzsch ließen sich aber von Herrn Reinboth nicht dirigieren, und auch die sozialdemokratischen Arbeiter plüssten auf diesen Reiz, so daß der Saal mit 129 bis 130 Versammlungsteilnehmern gut gefüllt war. Zweifellos war das für diesen Ort ein Erfolg.

Die Ausführungen des Genossen Werner, Dresden, fanden allgemeinen Beifall. Trotz der Versicherung unfehlbar, daß jeder, vor allem aber die SPD-Arbeiter, solange reden können wie sie wollen, und daß Werner sein Schlusswort halten werde, wagte sich bedenkelhafterweise kein Sozialdemokrat in die Diskussion. So gab Genosse Werner nur auf Anwesenheit und Angabe Ansprache. Alle Anwesenden drückten ihre Beifriedigung über diese Versammlung aus, und es ist zu hoffen, daß nun auch in Delitzsch das Feld für die Kommunisten frei wird. Das Tatsachenmaterial über die Rolle der SPD wird bestimmt dazu beitragen, daß am 20. Mai für die Linke 5 jeder ausgestraute Arbeiter, jede klar-deutende Arbeiterin, stimmen wird.

### Die DMV-Führer treiben auch in Leipzig die Arbeiter in die Betriebe

Gestern vormittag fand eine Funktionärsversammlung des DMV statt, die zur Verbindlichkeitserklärung des lädiischen Metallarbeiterpöbelns Stellung nahm. Die Vertreter der DMV-Ortsverwaltung betonten zwar bei der Eröffnung der Funktionärsversammlung, daß ein Kampf gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch unmöglich sei und am nächsten Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse. Die von der Opposition eingerichteten Anträge, die für den Kampf auch gegen den jetzt für verbindlich erklärten Schiedsspruch aussprachen, wurden von der Verbandsleitung nicht zur Abstimmung zugeschickt.

### Achtung der Seifengonkel kommt!



### Metallarbeiter!

Dienstag den 15. Mai 1928 10 Uhr im Brandenburger Hof,

Berliner, Ecke Peterstraße.

mächtige Fraktionsversammlung.

Tagesordnung: Stellung zum Kampf in der Metallindustrie. Verhandlungswahlen. Erneut jedes einzelnen kommunistischen Metallarbeiter ist Pflicht. Petri-Dekretserklärungen genügen nicht. Die Fraktionsleitung der Opposition des DMV.

hiermit aufzulösen, die Ihre Neuerungen bei der nächsten Generalversammlung öffentlich zu tun zu haben. Sollten Sie wieder Erwähnung in dieser Rücksicht finden, so wird die Ortsverwaltung Ihnen keine Anzahlung beantragen.

Mit bestem Gruß

Udo Teubner, 1. Vorsitzender

(Stempel der Ortsverwaltung)

Einschreiben.

Der Brief spricht für sich selbst. Genoß Hanisch hat ein einziges unwohltes Wort gesagt. Es handelt sich um ein infames Komplott, um den Genossen Hanisch auszuholen. Die Thalheimer Textilarbeiter werden mit allen Kräften gegen diesen Angriff kämpfen und sie werden dabei die tapferste Kämpfung aller deutschen Textilarbeiter.

Die Ausübung der Gewerkschaften für die Partei des Arbeitervolks

Berlin, 12. Mai (Eigene Drahtmeldung)

Das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Gewerkschaftszeitung, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 12. Mai einen Artikel ihres Vorsitzenden Peter Graumann, in dem es am Schluss heißt:

„Die einzige Partei, die ihrer Tradition getreu höhlt und Beziehungen der Arbeiter und Hoffnungen der arbeitenden Schichten ist, die nicht die Gewerkschaften für den politischen Zweck ausnutzt, sondern ihre Kraft und ihren Einfluß zur Stärkung der Gewerkschaften anwendet, ist die sozialdemokratische Partei. Ihr am 20. Mai zum Siege zu helfen, heißt das nicht und der aufwärtsreichenden Arbeitern dienen.“

Es ist in allen Gewerkschaftsversammlungen nicht nur so gegen zu protestieren, daß die Gewerkschaften es wagen für die Partei des Arbeitervolks offen Propaganda vorweg zu machen, sondern es müssen Beispiele angenommen werden, in denen die selbstbewußten Gewerkschaftsfolger angetreten werden, die Linke 5 der Kommunistischen Partei zu wählen.

Soien. Am Freitag und Samstag werden in den Betrieben Betriebsversammlungen abgehalten, um über die Wiederaufnahme der Arbeit zu beraten.

Die Kuharbeiter lassen Gewerking nicht reden

Sie wollen nichts von den Körnern wissen

Bottrop, 12. Mai (Eigene Drahtmeldung)

Am Donnerstagabend fand eine von der SPD einberufene Wahlversammlung statt, in der der sozialdemokratische Raumminister a. D. Seering und der Landtagsabgeordnete Jakob Kohl als Referenten vorstehen waren. Ein Antrag auf Auflösung wurde von der Versammlungsleitung einfach abgelehnt.

Zerling bewies, daß er keine Ahnung von der Gewerkschaft der Kuharbeiter hat. Als er in einem Zwischenfall erfuhr wurde, in dem fürchtlich gefüllt wurde, mußte er ständig eingehen, daß er keine Ahnung hatte, was er eigentlich gesagt habe. Nach einer halben Stunde konnte er wegen der empörten Jurufe der Arbeiter nicht weiterreden. Seiring sprach in die Freitagsrede aus. Er erfuhr, daß er keine Blamage vorbringen darf. Seiring sprach 15 Minuten, während die Kuharbeiter Jakob Kohl sprach noch etwa 20 Minuten nachdem der Arbeiterabgeordnete Seiring die Versammlung verlassen hatte. Ein kommunistischer Abgeordneter sprach dann unter stürmischen Beifall der Versammlung, monach ohne Schlusswort der Referenten die Versammlung geschlossen wurde.

### Koalitionsbildung für die KPD

Solingen, 12. Mai (Eigene Drahtmeldung)

In Solingen fand eine mächtige Thälmann-Versammlung in der Stadthalle statt. Über 1000 Personen waren anwesend. Die Versammlung war von gloriosen Kampftexten geprägt. Jakob Kohl, Karls Genossen Thälmann, bereits eine Bekanntschaft auf dem Marktplatz in Wiesdorf-Eversten abgeschlossen. Zug der Freiheit, den die Arbeitergemeinden ausübten, erfreute großer Arbeitsmarkt. Der Landtagsabgeordnete Jakob Kohl sprach noch etwa 20 Minuten nachdem der Arbeiterabgeordnete Seiring die Versammlung verlassen hatte. Ein kommunistischer Abgeordneter sprach dann unter stürmischen Beifall der Versammlung, monach ohne Schlusswort der Referenten die Versammlung geschlossen.

### Die Rantingregierung und der Böllerbund

Berlin, 12. Mai (Eigene Drahtmeldung)

Die Rantingregierung hat in Genf die dringende Einberufung des Böllerbundes verlangt. Der Böllerbund ist von Japan die Einstellung der Seesoldaten und den Rückzug der Truppen aus Tschang-Tung erreichen. Das Sekretariat des Böllerbundes soll die Regierungen hierauf in Kenntnis setzen, aber erklärt haben, daß das Verlangen von Ranting nicht erfüllt zu Kenntnis genommen werden ist, da die Rantingregierung nicht Mitglied des Böllerbundes ist. Die Rantingregierung hat sich nunmehr durch den amerikanischen Botschafter an den Präsidenten Colgate und den Staatssekretär Kellogg und den Senator Borah mit der Bitte um Verständigung über den chinesisch-japanischen Konflikt gewandt.

### Schweres Bergversteigerungsfeld

15 Opfer des Antreibersystems

Eilen. Bei der Bergwerke AG Hettighausen bei der Zechenanlage Zweckel ereignete sich gestern ein schweres Unglück in einem Betriebswagen, der Bergleute beförderte. Sie mißte nach einer vollen Ladung Kohlenwagen. Die Anzahl der Bergleute, die an der Bergwerksversammlung teilnahmen, wurde verschüttet. 15 Bergleute erlitten schwere Verletzungen, die gefährdet bestehen.

### Die Nordvollzehrmannschaft meint

Wie aus London gemeldet wird, veröffentlicht die britische United-Presse eine Nachricht ihres Sonderkorrespondenten, die in der Kingsbay anlässlich des Nordpol-Vertrages der „Räte“ dort aufgestellt, nach der einige italienische Alpenländer die unter der Macht der Mannschaft des Schiffes „Gitta di Milazzo“ zusammengekommen waren. Sie weigerten sich, einem General des italienischen Generals Roble zu folgen, der sie am Nordpol festhalten wollte, damit sie dort einige Tage lang untergebracht werden sollten. Später sollen sie von Roble auf das „Italia“ wieder geholt werden. Die Alpenländer weigerten sich, aber, dieser Aufforderung nachzuhören, da sie bei der reise feinerlei drohende Verpflichtungen übernommen hätten. Vielleicht zu einem Selbstmord gleichenden

Eisenbahner! Fabrik- und Betriebsarbeiter! Auf zur Wahl!